

ihres friedlichen Miteinanderlebens, ihrer sachlichen Zusammenarbeit und der einzig reale und mögliche Weg für ihre künftige Vereinigung zu einem friedliebenden, demokratischen Staat, in dem für Militarismus und Imperialismus kein Platz ist.

Die 30. Tagung des ZK der SED wies der ganzen Bevölkerung der DDR den Weg zu einem Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand im Sozialismus. Sie zeigte, wie alle Schichten der Bevölkerung in die sozialistische Umgestaltung einbezogen werden und ihren festen Platz im Sozialismus finden können. Die SED ging auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus zur Offensive über. In Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz und der 30. Tagung des ZK der SED errangen die Werktätigen der DDR neue Erfolge bei der politischen und ökonomischen Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die Wahlen zu den örtlichen Organen der Staatsmacht im Juni 1957 und der sozialistische Massenwettbewerb zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution führten zu einem weiteren Aufschwung in allen Bereichen der Volkswirtschaft und zur Entfaltung der sozialistischen Demokratie.

In Westdeutschland entfalteten sich Bewegungen gegen die Aufrüstungspolitik der Adenauerregierung, für die Verteidigung der sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten. Das zeigte sich besonders im Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein vom Oktober 1956 bis Februar 1957, dem längsten Streik, den es seit 1905 in Deutschland gegeben hatte.

Die KPD trug auf dem Parteitag 1957 der neuen Lage Rechnung. Sie kämpfte unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik, für die Bändigung des Militarismus, gegen die Wehrpflicht, gegen die NATO, für die Einschränkung der Allmacht der Monopole und für die Herstellung der demokratischen Rechte des Volkes.

Nachdem das Adenauerregime offen Kurs auf die Atomrüstung der westdeutschen Wehrmacht nahm, entstand eine breite Protestbewegung. In großen Kundgebungen und Demonstrationen, mit Unterschriftensammlungen, durch Beschlüsse von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, in Ausschüssen gegen die atomare Rüstung und auf andere Weise traten Millionen Bürger Westdeutschlands gegen die Atomkriegspolitik der Adenauerregierung auf. Mit brutalem Terror der Staatsorgane und durch die verräterische Politik rechter Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wurden alle diese Bewegungen unterdrückt und abgewürgt. Die sozialdemokratische Parteiführung vertröstete die Massen auf die Entscheidung im Parlament. Zugleich versuchte sie, mit der Lüge von der Verteidigung gegen eine drohende